

Der Anti-Terror-Krieg — danach kommt lange nichts

Die Auswirkungen auf den Prozess der Demokratisierung in Südostasien

von **Patrick Ziegenhain**

Nach den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten von Amerika eine umfangreiche Initiative zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus gestartet, die auch für die Region Südostasien weitreichende Konsequenzen hat. So dominieren dann auch Sicherheitsfragen das Gipfeltreffen der asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft APEC, das Ende Oktober 2003 in Bangkok stattfand. Präsident Bush setzte sich über die von den asiatischen Staaten favorisierte Wirtschaftsagenda hinweg und setzte den Anti-Terror-Krieg als Hauptthema auf die Tagesordnung.

Der US-Präsident forderte die asiatischen Regierungen zu verstärkter Kooperation mit den Vereinigten Staaten bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf. Schließlich, so seine Erklärung, bedrohe der Terror auch die Wirtschaft der APEC-Mitglieder: »Jede Nation, jede Wirtschaft, die hier repräsentiert ist, jedes Geschäft, jeder Führer, jeder Einzelne von uns ist ein potenzielles Ziel für terroristische Aktivitäten.«

Zum Abschluss des Gipfels haben sich die 21 APEC-Mitgliedstaaten dann auch, wie erwartet, der US-Forderung zur verstärkten Bekämpfung des Terrorismus angeschlossen. Auch wenn viele südostasiatische Regierungen die amerikanische Antiterror-Kampagne für überzogen halten und nur wenige den Angriffskrieg gegen den Irak innerlich befürworteten, konnten sie sich der von der amerikanischen Supermacht gesetzten Agenda nicht entziehen.

Inwieweit wurde nun die innenpolitische Entwicklung in den Staaten Südostasiens von der veränderten weltpolitischen Lage seit dem 11. September 2001 beeinflusst? Ein besonderes Interesse gilt hierbei den »jungen Demokratien« in den Philippinen, Thailand und Indonesien. Was waren und sind die Auswirkungen auf die weitergehende Demokratisierung

dieser Länder in Zeiten des »global war on terror«?

Primat der inneren Sicherheit

Ausgehend von den doch recht beträchtlichen Unterschieden was den Verlauf, die Akteure sowie den Stand der Demokratisierung in den Philippinen, Indonesien und Thailand betrifft, lassen sich dennoch einige auffällige innenpolitische Parallelen in diesen Staaten finden. Der inneren Sicherheit wurde im Gegensatz zum weiteren Ausbau und Garantie der Freiheitsrechte ein höherer Stellenwert beigemessen. Die Folge waren nach dem Vorbild der USA (»Patriot Act«) die Anti-Terrorgesetze, welche die Schutzrechte der Bürgerinnen und Bürger vor Eingriffen des Staates einschränken.

Direkt nach den Anschlägen von Bali im Oktober 2002 reagierte Indonesien mit zwei Antiterrorismus-Gesetzen. Unter anderem wurde in dem Erlass von Präsidentin Megawati Soekarnoputri, den das Parlament gut ein halbes Jahr später unverändert ratifizierte, geregelt, dass bei Gewalttaten die als terroristisch eingestuft werden, die Todesstrafe droht. Dies war dann auch das Urteil im Prozess gegen die Hauptschuldi-

gen des Bali-Attentates. Die Antiterror-Gesetze dienen jedoch nicht nur der Gefahrenabwehr, sondern schränken auch fundamentale Bürgerrechte ein: Die neue Gesetzeslage erlaubt es der Exekutive gefährliche, manchmal auch nur missliebige Personen allein auf Verdacht und ohne Beweise zu verfolgen. Nach dem Anschlag auf das Marriott-Hotel in Jakarta am 5. August 2003 wurden sogar Stimmen laut, die noch härtere Gesetze forderten. Der indonesische Minister für Innenpolitik und Sicherheit, General Susilo Bambang Yudhoyono berichtete von der Errichtung einer Arbeitsgruppe, die eine Revision der bestehenden Antiterrorgesetze vornehmen soll. In diesem Zusammenhang erwähnte er ausdrücklich geplante prä-emptive Maßnahmen gegen Terrorgruppen, das heißt, bevor eine Gewalttat ausgeübt wird, kann der Staat eingreifen.

Verteidigungsminister Matori Abdul Djilil und Armeeeoberbefehlshaber Endriartono forderten darüber hinaus, öffentlich die Einführung des *Internal Security Act* (ISA) nach Vorbild Singapurs und Malaysias. Der

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg, und Mitglied des Vorstands im Trägerverein der Südostasien Informationsstelle.

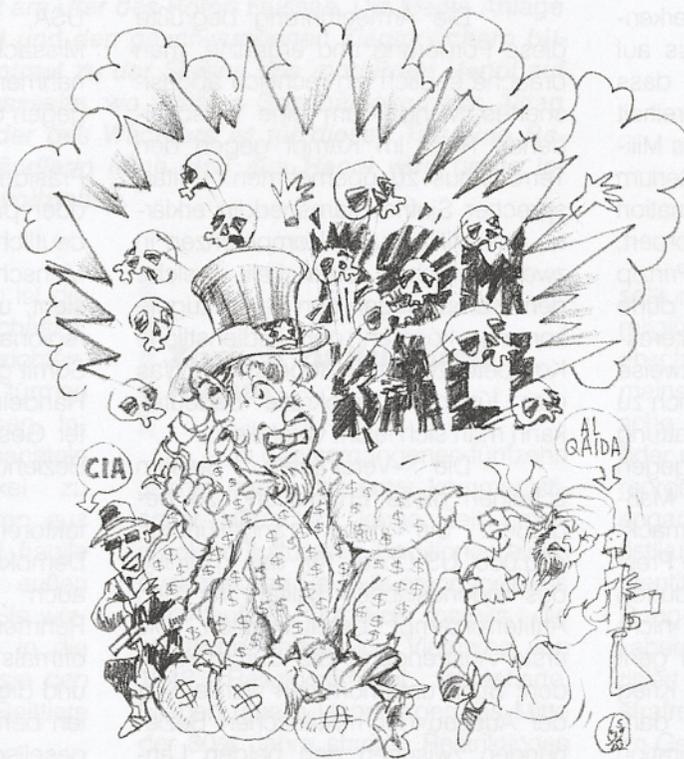
ISA ist ein Relikt aus der britischen Kolonialzeit, das den autoritären Regierungen Malaysias und Singapurs erlaubt, Personen, die die öffentliche Sicherheit gefährden, für unbestimmte Zeit ohne Anklage und Beweise einzusperren. Nach den bisherigen Antiterrorgesetzen müssen für eine Verhaftung eine richterliche Anordnung, sowie für eine Inhaftierung von mehr als 20 Tagen, Beweise vorliegen. Mit dem ISA wären diese Voraussetzungen nicht mehr nötig.

An dieser Diskussion wird deutlich, dass grundlegende demokratische Rahmenbedingungen des Rechtssystems untergraben werden, um den Sicherheitsgrad im Land zu erhöhen. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass die Regierung die Gesetze nicht nur gegen Terrorverdächtige anwenden kann, sondern unter anderem auf Teile der Bevölkerung, welche dem Staat kritisch gegenüber stehen. Wer kann schon genau definieren, ob jemand eher Freiheitskämpfer, Revolutionär, Terrorist oder einfach nur Oppositioneller ist?

In Thailand findet eine ähnliche Entwicklung statt. Der zunehmend autoritär regierende Premierminister Thaksin Shinawatra hat kürzlich per Regierungsbeschluss und ohne Zustimmung des Parlaments neue Antiterror-Gesetze verkündet. Darin werden Polizei und Sicherheitskräften weitergehende Rechte zur Verbrechensbekämpfung zugestanden. Außerdem können auch Personen, die verdächtigt werden, konventionelle Straftaten zu begehen, als Terroristen klassifiziert und mit der Todesstrafe bedroht werden. Als terroristische Akte zählen beispielsweise die Verbreitung von Angst und Schrecken sowie die Zerstörung von öffentlichem oder privatem Eigentum.

Premierminister Thaksin Shinawatra hat darüber hinaus Anfang des Jahres einen »war against drugs« und einen so genannten »war against dark influences« eingeleitet. Hierbei hat er mit seiner Anordnung, Verdächtige zu erschießen, Grundrechte bewusst missachtet und rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf einen fairen Prozess völlig außer Acht ge-

lassen. Bezeichnend für die Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze ist die Ermordung von mehr als 2.700 mutmaßlichen Drogenhändlern und der Kriminalität verdächtigten Personen durch die thailändische Polizei. In Bezug auf diese Opfer wird Thaksin mit den Worten zitiert: »Sie müssen hinter Gitter kommen oder einfach verschwinden. Wen kümmert es? Sie zerstören unser Land. In diesem Krieg müssen Drogenhändler und Kriminelle sterben.«



Hier können durchaus Parallelen zum amerikanischen »war against terror« gezogen werden, insofern als Menschenleben dem Prinzip der vermeintlichen Sicherheit eines Staates geopfert werden.

Auch in den Philippinen ist die Zahl der Menschenrechtsverletzungen seit der veränderten weltpolitischen Lage nach dem 11. September stark gestiegen. So warnten in den Jahren 2002 und 2003 Amnesty International, Human Rights Watch und sogar das US-Außenministerium vor vermehrten staatlich begangenen Gewalttaten in den Philippinen. Die Philippinisch-ökumenische Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden merkte an, dass zwischen Januar und Oktober 2002 neuntausend Zivilisten Opfer militärischer und paramilitärischer Repressionen wurden.

Den Regierungen kommt der Trend, neue Antiterrorgesetze zu implementieren, sehr gelegen, nicht nur um den Terrorismus zu bekämpfen,

sondern auch um die Möglichkeit zu haben missbeliebige Personen einzuschüchtern und härter zu verfolgen. Die Folge ist die Einschränkung und Untergrabung von Grund- bzw. Menschenrechten, was den Demokratisierungsprozess insgesamt gefährdet.

Schwarz-Weiß-Denken

Eine weitere Folge der US-Politik ist die Übernahme des Freund-Feind-Denkens der Administration von Präsident George W. Bush von den jungen südostasiatischen Demokratien.

Wer aus welchen Gründen auch immer nicht mit der jeweiligen Regierung kooperiert, wird mit dem — oft im wahrsten Sinne des Wortes — Todschlagsargument konfrontiert, ein Terrorist zu sein oder zumindest mit solchen zu sympathisieren.

Die Regierungen vieler südostasiatischer Staaten versuchen daher, zahlreiche islamische Gruppen als Terrororganisation zu deklarieren. Diese sehr offene Definition von Terrorismus dient offensichtlich dazu die Antiterrormaßnahmen der Regierungen soweit wie möglich auszuweiten, um diese

auf verschiedene missliebige islamische Gruppen anwenden zu können. Das indonesische Außenministerium gab bekannt, dass die Regierung versuchen werde, durch den UN-Sicherheitsrat, Bewegung Freies Aceh (GAM) auf die UNO Liste der terroristischen Organisationen zu setzen. Auch in den Philippinen wurde von Regierungsseite versucht, die *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) und andere Organisationen der Muslime in Mindanao als Terrororganisationen zu brandmarken.

Durch die Deklaration der GAM als terroristische Vereinigung konnte in der Provinz Aceh eine umfangreiche Militäroperation anlaufen, in deren Verlauf die Mehrheit der getöteten Acehnesen von Regierungsseite dem GAM-Spektrum zugeordnet wurde und wird. Die größte Zahl der Opfer gehört jedoch der Zivilbevölkerung an, die zwischen die Fronten radikaler GAM-Kämpfer und dem indonesischen Militär geriet. Wiesen

die Opfer von militärischen Übergriffen nachweislich keinen Bezug zu militanten Gruppen auf, so wurden sie, wie beim amerikanischen Einsatz in Afghanistan oder dem Irak, als »unvermeidliche Kollateralschäden« bezeichnet.

Im Bereich der südostasiatischen Medien hat der globale Krieg gegen den Terrorismus zur Vereinfachung komplexer Sachverhalte um die Belange ethnischer oder religiöser Minderheiten geführt. Es ist vor allem am Aceh-Konflikt deutlich zu erkennen inwiefern der Staat Einfluss auf Arbeit der Presse nimmt und dass von dem Prinzip der Pressefreiheit keine Rede mehr sein kann. Das Militär sowie das zuständige Ministerium für Kommunikation und Information hat Journalisten offiziell aufgefordert, die nationale Einheit über das Prinzip der Pressefreiheit zu stellen. Es dürfe »zum Wohle des nationalen Interesses« keine Darstellung der Sichtweise beider Seiten geben, was natürlich zu einer einseitigen Berichterstattung führt, welche die im »Kampf gegen den Terrorismus« getroffenen Maßnahmen der Bevölkerung »schmackhaft« machen soll. Ausländische Presseberichte zum Aceh-Konflikt dürfen von indonesischen Medien nicht mehr zitiert werden. Die Zensur geht soweit, dass niemals von einem Krieg in Aceh gesprochen werden darf, sondern nur von einer Militäroperation gegen Terroristen. Ein Journalist des TV Senders SCTV hat behauptet, er sei aufgrund eines Interviews mit einem Opfer der Militäroperation in Aceh entlassen worden.

Aber auch in den Philippinen findet eine fortschreitende Zensur der Pressefreiheit statt. Der *Negros* Medienrat für Pressefreiheit verurteilte die häufigen Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Inhaftierung mehrerer Journalisten in den Philippinen. »Im Zuge des Kampfes gegen den Terror hat die Arroyo Administration die Pressefreiheit, das Recht der Bevölkerung auf Information sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten.«

Und das Militär freut sich ...

Eine weitere Tendenz ist die Stärkung des Militärs und anderer potentiell anti-demokratischer Kräfte.

In Indonesien wurden vor wenigen Jahren Polizei und Militär getrennt, wobei der Polizei ausdrücklich die alleinige Kompetenz für innerstaatliche Verbrechenbekämpfung zugesprochen wurde. Justizminister Yusril Mahendra schlug kürzlich vor, dass das Militär aktiv in die Terrorismusbekämpfung einbezogen werden soll. Der Vorschlag wurde damit begründet, dass der internationale Terrorismus ein transnationales Phänomen sei.

Die Armeeführung begrüßte diese Forderung und ergänzte, man brauche endlich ein rechtlich abgesichertes Mandat um eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Terrorismus zu übernehmen. Militärsprecher Sjafrie Sjamsoedin erklärte, das Militär habe Kompetenzen in zwei Bereichen entwickelt, welche dem Kampf gegen den Terror zugute kommen könnten: geheimdienstliche Kompetenzen und Repression. Was dies für die Demokratie bedeutet, kann man sich leicht vorstellen...

Die Vereinigten Staaten scheinen diese Entwicklung zu begrüßen. Sie haben angekündigt, 400.000 US-Dollar für das Training des indonesischen Militärs für den Antiterrorkampf bereitzustellen. Die erste Anstrengung die durch Präsident Bush unternommen wurde, war der Ausbau der militärischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Diese Kooperation wurde durch Bushs Vorgänger eingefroren, da das indonesische Militär für die Menschenrechtsverletzungen 1999 in Osttimor verantwortlich gemacht wurde.

In den Philippinen spielt das Militär nach wie vor eine innenpolitische Schlüsselrolle. Kein Präsident kann sich ohne seine Unterstützung an der Macht halten, wie Ex-Präsident Estrada im Jahr 2001 schmerzvoll erfahren musste. Die jetzige Präsidentin Arroyo, die die engste südostasiatische Verbündete der US-Regierung ist, setzt demnach auch auf eine militärische Lösung in der Mindanao-Frage. Washington hat ihr für den »entschlossenen Kampf gegen den Terror« kürzlich 360 Millionen US-Dollar an Militärhilfe in Aussicht gestellt. Damit kann das philippinische Militär seine innenpolitische Macht weiter ausbauen und weiterhin auf die zivilen politischen Akteure Druck ausüben.

Stagnation der Demokratisierungsprozesse

In Thailand, den Philippinen und Indonesien ist momentan eine Stagnation, wenn nicht gar eine Regression der eingeleiteten Demokratisierungsprozesse zu konstatieren. Ein Grund hierfür ist die Stärkung von potentiell anti-demokratischen Kräften durch repressive Gesetze. Ein weiterer Faktor ist die Vorbildfunktion der USA, welche eine offensichtliche Missachtung des Völkerrechts in Kauf nahmen um einen »Präventivkrieg« gegen den Irak zu führen.

Das Verhältnis von US-Präsident Bush zur saudi-arabischen oder pakistanischen Führung macht deutlich, dass die US-Regierung über Menschenrechtsverletzungen hinweg sieht, um eine gute Kooperation mit regionalen Regierungen auszuweiten. Somit gilt das Prinzip demokratischen Handelns nur noch als untergeordneter Gesichtspunkt der internationalen Beziehungen.

Neben den äußeren Einflussfaktoren auf die jungen und fragilen Demokratien in Südostasien spielen auch innere Entwicklungen und Rahmenbedingungen eine Rolle. Die oftmals vorhandene Pressezensur und die Verfolgung von Oppositionellen behindert den Aufbau einer Zivilgesellschaft. Das hat zur Folge, dass elementare Bestandteile eines demokratischen Systems wie Pluralismus und Wettbewerb von Meinungen eingeschränkt werden. Außerdem wird die Rechtsstaatlichkeit untergraben und das Militär erfährt eine Aufwertung als innenpolitischer Akteur.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass momentan keine Fortschritte der Demokratisierung in Südostasien stattfinden. Es ist schwer abzuschätzen, inwieweit diese Entwicklung durch rein innenpolitische Faktoren bedingt ist und welche Rolle die US-Außenpolitik spielt. In jedem Fall beeinflusst der »global war on terror« innenpolitische Handlungsmaximen, was sich weitgehend negativ auf die weitere Demokratisierung in den Staaten Südostasiens auswirkt.